

„Brauchen wir in Deutschland einen europäischen Banken-Champion?“

Fragen an Frau Professor Schäfer, Forschungsdirektorin Finanzmärkte
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

GWP: Die größte deutsche Bank ist, trotz früher anderer Ambitionen, zu klein, um eine internationale Großbank zu sein. Braucht sie einen Bankenpartner?

Schäfer: Unter den europäischen Megabanken liegt die größte deutsche Bank zwar hinter der britischen HSBC, den französischen Großbanken BNP Paribas und Groupe Crédit Agricole sowie der spanischen Banco Santander, aber nur wenn der Marktwert der Aktien als Indikator für die Bankgröße genutzt wird, erscheint die Bank „klein“. Marktkapitalisierung aber ist kein geeignetes Maß für Größe. Die Größe eines Hauses wird ja auch nicht durch die Differenz zwischen Marktwert und Kreditrestschuld ausgedrückt, sondern durch Anzahl der Zimmer, verfügbare Wohnfläche oder vielleicht auch den umbauten Raum. Die größte deutsche Bank war und ist mit einer Bilanzsumme von rund 1.300 Milliarden Euro, fast 100.000 Beschäftigten und mehr als 2.000 Niederlassungen weltweit eine internationale Großbank. Nicht umsonst hat der Financial Stability Board die Deutsche Bank im November 2018 beim Eigenkapitalzuschlag für global systemrelevante Banken in die dritthöchste Kategorie einsortiert, zusammen mit Citigroup und HSBC.

Die Deutsche Bank braucht keinen Partner. Was sie aber dringend braucht, ist die Rückkehr des Vertrauens in sie. Investoren, Kunden und politische Entscheidungsträger und -trägerinnen müssen wieder an die größte deutsche Bank, ihre Seriosität und ihre Bereitschaft zu ehrlicher und harter Arbeit glauben. Das neue Management muss



Prof. Dr. Dorothea Schäfer
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

mit integrem und glaubwürdigem Verhalten um das Vertrauen werben. Schlagzeilen über übermäßige Gehalts- oder Bonizahlungen sind hier sicherlich nicht förderlich.

GWP: Ist das Denken in Kategorien wie europäische Bankenchampions, die den europäischen Finanzsektor bedienen, sinnvoll?

Schäfer: Nein, dieses Denken ist nicht sinnvoll. Notwendig ist ein stabiler europäischer Bankensektor, der die Bedürfnisse der Realwirtschaft, also der privaten Haushalte, Firmen und des Staates befriedigen kann. Dafür braucht es keine europäischen Bankenchampions. Weder die Profitabilität von Banken noch die Fähigkeit, der Realwirtschaft zu dienen, ist von der Bankgröße abhängig. Da die Bedürfnisse aber sehr vielfältig sind, sollten im Bankensektor vielfältige Bankentypen vorkommen. Es gibt keine Erkenntnisse, wonach die europäische Bankenunion mit europäischen Bankenchampions besser funktioniert als ohne. Eher ist das Gegenteil zu erwarten. Bankenchampions sind too-big-to-fail-Banken mit allen damit verbundenen Fehlanreizen. Es ist unbegreiflich, warum diese zentrale Lehre aus der Finanzkrise mittlerweile ignoriert wird.

GWP: Wie bewerten Sie die vergangenen Erfahrungen mit deutschen Bankenfusionen: Commerzbank und Dresdner Bank, sowie Deutsche Bank und Postbank?

Schäfer: Der Staat hat sich an der Commerzbank beteiligt, damit sie 2008 bei der Fusion mit der Dresdner Bank nicht gleich selbst mit unterging. Die Commerzbank brauchte Jahre, um sich von der Fusion zu erholen. 2008 kündigte die Deutsche Bank den Einstieg in die Postbank an. Damals betrug ihre eigene Bilanzsumme noch mehr als 2.000 Milliarden Euro und die Postbank hatte immerhin Aktiva von gut 200 Milliarden Euro. 2015 ist die Postbank nach einem Squeeze-out der verbliebenen Kleinaktionäre vollständig in den Besitz der Deutschen Bank übergegangen. Zwischenzeitlich wollte sich die Deutsche Bank aber auch wieder von ihrer Tochter trennen. Erst Ende 2017 fiel die Entscheidung zugunsten einer vollständigen Integration. Die Fusion hat bislang keinen vor Kraft strotzender Finanzkonzern hervorgebracht. Stattdessen mussten milliarden schwere Abschreibungen verdaut werden. Zwei sehr unterschiedliche Unternehmenskulturen prallen aufeinander. Zwar ist die Postbank mittlerweile in der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG aufgegangen, die Integration aber ist längst nicht abgeschlossen.

GWP: Wäre eine Bankenfusion von Commerzbank und Deutscher Bank geeignet gewesen, aus zwei schwachen eine starke Bank zu machen?

Schäfer: Profitabilität und Leistungsfähigkeit sind nicht von der Bankengröße abhängig. Ohne Rückkehr des Vertrauens von Investoren, KundInnen und der Politik wird keine Erholung gelingen. Das Erschließen von nachhaltigen Ertragsquellen, Kundenorientiertheit und Integrität sind das Gebot der Stunde. Da wäre die Bewältigung einer

neuerlichen Fusion nur hinderlich gewesen und zudem ein riskantes Experiment für die europäische Finanzmarktstabilität.

GWP: Die EU möchte eigentlich, dass der Steuerzahler nicht mehr für Bankenpleiten haftet. Erst sind die Eigentümer und Einleger heranzuziehen. Ist es in Zukunft auszuschließen, dass der deutsche Steuerzahler für Fehler der Finanzbranche herangezogen wird?

Schäfer: Nein, das lässt sich nicht ausschließen. Bei Megabanken ist die Gemeinschaft der Aktionäre und Gläubiger bei einem Bail-In mit Abschreibungen im dreistelligen Milliardenbereich konfrontiert. Bail-In bedeutet ja, dass sich die beiden Gruppen an den Kosten der Bankenrettung beteiligen, indem ihre Ansprüche abgeschrieben oder in verlustmittragendes Eigenkapital umgewandelt werden. Die Abschreibungen reißen womöglich bei einigen Aktionären und Gläubigern so große Löcher in die eigenen Bilanzen, dass sie selbst ausfallgefährdet sind. Diese Ansteckungseffekte bedrohen die Systemstabilität. Eine erneute Bankenrettung durch Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wäre wahrscheinlich.

GWP: Was spricht für die (zeitweise) Verstaatlichung gefährdeter Banken?

Schäfer: In einer Krise ist die Verstaatlichung ausfallgefährdeter Banken in der Regel der schnellste und billigste Weg, um das System zu stabilisieren. Der Bank-Run der Gläubiger hört sofort auf, wenn diese wieder darauf vertrauen, dass sie ihre Kredite und Einlagen zurückbekommen. Der Staat als Eigentümer ist am besten geeignet, das verloren gegangene Vertrauen schnell und nachhaltig wiederherzustellen. Wenn die gerettete Bank wieder Gewinne abwirft und die Beteiligung an Wert gewinnt, bekommt die Gemeinschaft der Steuerzahler zudem über den Wertzuwachs die verauslagten Rettungskosten teilweise oder auch ganz wieder zurück.

GWP: Was ist ein Single-Bad-Bank-Mechanismus? Welche Vorteile und Nachteile?

Schäfer: Alle Banken im Euroraum sollten die Möglichkeit bekommen, ihre notleidenden Kredite (non-performing loans), die bis zu einem bestimmten Stichtag bekannt waren, in eine gemeinsame Euroraum-Bad Bank (Single-Bad-Bank-Mechanismus) auszulagern. Die Finanzierung könnte von europäischen Bankenrettungsfonds (SRF) kommen, der ja von den Banken selbst gespeist wird. Die Bad Bank würde die notleidenden Kredite aus den unterschiedlichen Mitgliedstaaten gemeinsam verwalten, bündeln und als diversifizierte Pakete zum bestmöglichen Zeitpunkt verkaufen. Verlustbringende „Fire Sales“ (Notverkäufe) wären ausgeschlossen. Die Verhandlungsposition einer zentralen Bad Bank gegenüber kaufinteressierten amerikanischen Hedgefonds wäre weitaus besser als die von einzelnen Banken, die darauf angewiesen sind, ihre notleidenden Aktiva schnell los zu werden. Allerdings wäre eine gemeinsame Bad Bank nicht ohne gewaltige politische Anstrengungen zu haben. Gegner fürchten auch,

dass eine laxe Kreditvergabe begünstigt wird, wenn die Banken des Euroraums ihre Verlustbringer in eine gemeinsame Bad Bank abladen könnten. Daher sollte die Bad Bank nur die bis zu einem bestimmten Stichtag bekannten Altbestände aufnehmen. Auch die Bewertung der auszulagernden Kredite dürfte nicht einfach sein. Unbeherrschbar ist sie indes nicht. Die gemeinsame Bad Bank würde das Problem der sehr ungleichen Startbedingungen bei Inkrafttreten der Bankenunion angehen und so Abwicklungsmechanismus und Bankenunion stärken.

GWP: Welche strukturellen Vorkehrungen müssten für den Fall einer globalen Bankenkrise getroffen werden?

Schäfer: Es müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, den Megabanken im Falle einer drohenden globalen Systemkrise rasch staatliches Eigenkapital aufzwingen und sie zumindest vorübergehend verstaatlichen zu können. Bail-in fähige Passiva inklusive Eigenkapital könnten zusammen mit den verlustträchtigen Aktiva in eine separate Einheit, eine Abwicklungsbank, übertragen werden. Gleichzeitig würde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) das Eigenkapital der Good Bank wieder auffüllen und zum Alleineigentümer werden.¹ Die Abwicklungsbank würde die Verwaltung der Stress-Aktiva und das Bail-In durchführen. Die Höhe des jährlichen Bail-ins könnte mit den jährlich anfallenden Verlusten der Abwicklungsbank synchronisiert und damit zeitlich gestreckt werden. Das verringert die drohenden Ansteckungseffekte und erhöht die Chancen für die Anwendung der Bail-In Regeln.

GWP: Wie könnte die Allgemeinheit sich die Rettung der Banken 2008/9 bezahlen lassen?

Schäfer: Die Commerzbank ist mit 15 Prozent im Besitz des deutschen Staates. In der Vergangenheit haben Staaten ihre Rettungskosten durch Wertzuwächse bei Beteiligungen ausgleichen können. Die Rettung der Banken in der schwedischen Finanzkrise Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war nach etwa zwanzig Jahren kein Verlustgeschäft mehr, weil die staatlichen Bankbeteiligungen stark an Wert gewannen. Der Bund sollte daher seine Anteile an der Commerzbank auch im Falle einer Fusion mit einer anderen Großbank behalten. Es wäre verantwortungslos gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die Anteile jetzt zu verkaufen und so enorme Verluste aus der Rettung der Commerzbank zu realisieren.

GWP: Welche Rolle sollte das Investmentbanking in einer deutschen Großbank spielen?

Schäfer: Das Investmentbanking sollte ein Geschäftsfeld wie jedes andere sein. Insbesondere sollte es nicht immer wieder dadurch auffallen, dass die Dichte an Einkommensmillionären in diesem Geschäftsfeld überproportional hoch ist. Der Aufbau von Derivatepositionen außerhalb der Bankbilanz sollte ebenso wie der Eigenhandel tabu

sein. Investmentbanking muss sich an den Bedürfnissen der Kunden orientieren und so dimensioniert sein, dass die Bank ihre Kundinnen und Kunden im In- und Ausland bei der Emission von Fremd- und Eigenkapital, Fusions- und Restrukturierungsberatung, Wertpapierhandel, Vermögensverwaltung und Exportfinanzierung begleiten kann.

GWP: Wie lässt sich in Zukunft Bankenwettbewerb in Deutschland gewährleisten?

Schäfer: Der Wettbewerb im deutschen Bankensektor ist relativ hoch. Hoher Wettbewerb begrenzt die Margen im Bankensektor, nützt aber der Realwirtschaft. Deutschland ist mit dem dreigliedrigen Bankensystem, Sparkassen- Genossenschaften-, und Privatbankensektor, bislang sehr gut gefahren. Insbesondere während der Finanzkrise haben Sparkassen und Genossenschaftsbanken stabilisierend gewirkt. Auch in Zukunft wird es Krisen geben. Umso wichtiger ist es, die Bankenvielfalt zu erhalten. Unterschiedliche Bankentypen garantieren, dass nicht alle Banken gleichzeitig vom Krisenvirus befallen werden und der Kreditfluss trotz Krise aufrechterhalten werden kann. Reformen mit strukturverändernden Nebenwirkungen müssen daher zu jedem Zeitpunkt sorgfältig abgewogen werden. Industriepolitik mit dem Ziel, Bankenchampions zu schaffen, sollte grundsätzlich unterlassen werden. Die Funktionsfähigkeit der Bankenunion ist darauf angewiesen, dass im globalen Krisenfall nicht alle Banken gleichzeitig in eine Schieflage geraten.

GWP: Welche Arbeitsmarkteffekte erwarten Sie von einer Bankenfusion?

Schäfer: Bankenfusionen werden oft wegen vermuteter Skalen- und Synergieeffekte vorangetrieben. Will man diese realisieren, geht das nicht ohne erheblichen Arbeitsplatzabbau. Die IT-Systeme werden zusammengelegt, anstatt zwei Filialen im Stadtteil wird nur mehr eine gebraucht. Doppelstrukturen auf allen Ebenen werden beseitigt. Geht die Fusion mit einer Stärkung des Direktbankenservice einher, werden vermutlich noch mehr Zweigstellen überflüssig. Wieviel Arbeitsplätze genau wegfallen werden, weiß im Vorfeld einer Fusion niemand genau.

Anmerkung

- 1 Der Vorschlag, der Staat sollte notleidenden Banken rasch Eigenkapital zuführen, findet sich auch bereits in Schäfer, Dorothea and Zimmermann, Klaus, (2009), Bad bank(s) and the recapitalisation of the banking sector, *Intereconomics: Review of European Economic Policy*, 44(4), 215-225.